



WEEKLY UPDATE

Liebe Leserinnen und Leser,

Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie sind dringend notwendig. Aber es müssen die richtigen sein, damit sie Wirkung entfalten und das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger gewahrt bleibt. Bei Beherbergungsverboten fehlen aktuell Belege, dass sie diesem Anspruch zwingend gerecht werden. Nicht diese Erkenntnis, sondern Gerichte haben am Donnerstag Beherbergungsverbote in Baden-Württemberg und Niedersachsen gekippt. Über die Meldungen der Woche informieren wir im neuen Weekly Update.



Verbesserung bei Kleinbeihilfenregelung.

Der bdo konnte am Mittwoch über eine Lösung für den Umgang mit bislang „förderschädlichen“ KfW-Krediten informieren. Ausgehend von einer wesentlichen Änderung des EU-Rechtsrahmens (Temporary Framework) für die deutsche Kleinbeihilfenrichtlinie wurde nicht nur die Laufzeit bis zum 31. Juni 2021 verlängert, sondern auch ein verbesserter Zugang für Unternehmen zu Hilfgeldern eröffnet. Das bedeutet: Sofern bislang beihilfeschädliche KfW-Kredite bis zum 31. Juni 2021 zurückgezahlt werden, werden diese nicht mehr auf die 800.000 Euro Obergrenze angerechnet. Damit sollte eine Beantragung von nicht rückzahlbaren Hilfen wieder möglich sein. Dies bestätigte das zuständige Referat im Bundesministerium für Wirtschaft im Austausch mit dem bdo. Eine unserer zentralen Forderungen ist damit erfüllt. Der bdo wird sich weiterhin dafür einsetzen, dass die Obergrenze auf 1,6 Millionen Euro steigt. Zudem drängen wir auf eine neue Öffnung des BMVI-Hilfsprogramms für die Bustouristik. Bislang nicht zugangsberechtigte Unternehmen müssen nun dringend eine Gelegenheit erhalten, die Gelder zu beantragen.

[Zur PM](#)

Reisebusreiseverbot 2.0?

Der Referentenentwurf des neuen Infektionsschutzgesetzes wird derzeit in der Bundesregierung abgestimmt. Der bdo war am Donnerstag mit 16-Stunden-Frist dazu aufgerufen, bis heute Stellung zu nehmen. Diese Chance haben Landesverbände und bdo genutzt, da die Vorschläge hochbrisant sind. Das BMG soll die Möglichkeit erhalten, den öffentlichen Verkehr aus ausländischen Risikogebieten nach Deutschland zu untersagen oder die Erfüllung so hoher Auflagen zu verlangen, dass es einem De-facto-Verbot gleichkommt. Klar, dass der bdo die Vorschläge als unverhältnismäßig abgelehnt hat. Der nächste Schritt im Gesetzgebungsverfahren ist nun die Befassung des Kabinetts mit dem Entwurf.



Krankschreibung wieder per Telefon.

Der Weg zur Arztpraxis ist nicht mehr erforderlich. Aufgrund der wieder deutlich wachsenden Zahl an Corona-Infektionen soll die telefonische Krankschreibung wegen Erkältungsbeschwerden ab dem 19. Oktober bundesweit wieder möglich sein. laut dpa erging ein entsprechender Beschluss am Donnerstag im Gemeinsamen Bundesausschuss im Gesundheitswesen. Die Regelung soll zunächst bis zum Jahresende gelten.

Treffen mit Johannes Fechner.

Die bdo-Hauptgeschäftsführerin Christiane Leonard und ihre Stellvertreterin Anja Ludwig können auf ein gutes Gespräch mit dem Bundestagsabgeordneten Johannes Fechner zurückblicken. Thema war dabei unter anderem die angestrebte Insolvenzabsicherung für Pauschalreisen. Fechner sicherte zu, im Bundesjustizministerium nachzuhaken und bei der Ausgestaltung des Gesetzesvorhaben die Belange der kleinen und mittelständischen Unternehmen im Blick zu behalten. Als Obmann im Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz bringt der SPD-Politiker dafür gute Voraussetzungen mit.



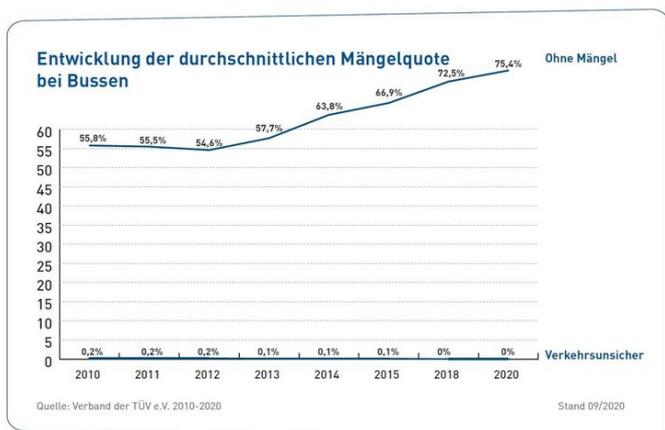


Digitale Einreiseanmeldung ab 8.11.

Die digitale Einreiseanmeldung für Rückkehrer aus Corona-Risikogebieten im Ausland soll nun ab dem 8. November möglich sein. "Die Webanwendung ersetzt die bisherige Aussteigerkarte in Papierform. Sie kann künftig von Nutzern digitaler Endgeräte (Desktop, Tablet, Smartphone) weltweit verwendet werden", gab das Innenministerium gestern bekannt. Rückkehrer sollen sich damit noch vor der Einreise nach Deutschland online registrieren. Die Daten werden auf Grundlage des Infektionsschutzgesetzes erhoben.

ÖPNV-Rettungsschirm verlängern.

Das ist ein gutes Zeichen. Die Verkehrsministerinnen und Verkehrsminister von Bund und Ländern haben sich in dieser Woche bei einer zweitägigen Video-Konferenz beraten. Eine zentrale Initiative dabei: Der ÖPNV-Rettungsschirm soll auch im kommenden Jahr fortgeführt werden. Es wird damit gerechnet, dass die aus Sicht der Ministerinnen und Minister "existenzgefährdenden" Einnahme-Ausfälle sich auch im kommenden Jahr fortsetzen. Die Verlängerung des ÖPNV-Rettungsschirms ist dadurch zwingend notwendig, wie auch der bdo betont.



Deutlich gestiegene Sicherheit in Bussen.

Wir hatten die aktuellen positiven Werte bereits pünktlich zur Veröffentlichung des TÜV Bus-Reports 2020 verkündet. Nun finden die entscheidenden Zahlen zu der über viele Jahre hinweg stetig verbesserten Sicherheit im Bussektor auch Eingang in eine neue bdo-Grafik. Die entscheidenden Kennzahlen sind gut zu erkennen: Deutlich zugenommen hat der Anteil der Fahrzeuge gänzlich ohne Mängel. Auf 0 Prozent abgesunken ist hingegen die Zahl der verkehrsunsicheren Fahrzeuge.

Neue Muster-Quarantäneverordnung.

Es ist letztlich eine Mischung aus Vorlage und Orientierungshilfe, da die Zuständigkeit für die Quarantänevorschriften bei den Ländern liegt. Gut aber trotzdem, dass in der vorliegenden Version der neuen Muster-Quarantäneverordnung doch Beschäftigte im Personentransport von der Quarantänepflicht bei bis zu 72 Stunden Aufenthalt ausgenommen bleiben.

[Zur Meldung der Bundesregierung](#)



Tourismusförderung in Deutschland.

Wie viel - oder wenig - wird der Tourismus in Deutschland eigentlich gefördert? Wer eine Antwort auf diese Frage sucht, findet in der aktuellen Aufstellung der Wissenschaftlichen Dienste des Bundestages einige Anhaltspunkte. Auf acht Seiten sind darin die Institutionen und Förderprogramme zusammengefasst.

[Zur Liste](#)

Was brachte der Corona-Gipfel?

Bundeskanzlerin Merkel und die Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder haben am Mittwoch über das gemeinsame Vorgehen zur Corona-Bekämpfung beraten. Eine einheitliche Linie konnte nur teilweise beschlossen werden. Viele Fragen bleiben weiter offen. Der bdo hat am Donnerstag die Ergebnisse aus Sicht der Busbranche in einem Rundschreiben skizziert. Beim Beherbergungsverbot schafften aber seitdem Urteile aus Niedersachsen und Baden-Württemberg sowie die Entscheidung in Sachsen neue Tatsachen. Wir informieren weiter.



Die
Bundesregierung



Best Ager weiter mit großer Reiselust.

Eine aktuelle Umfrage bestätigt, dass die Reiselust in der Generation 50+ trotz Corona-Pandemie weitgehend ungebrochen bleibt. "61 Prozent der Befragten plant im kommenden Jahr eine Urlaubsreise", heißt es in den ERgebnissen einer repräsentativen Umfrage, die das Marktforschungsinstitut YouGov im Auftrag von trendtours Touristik unter 1.632 Personen durchgeführt hat.

bdo-Umfrage des Monats.

Mit der Clean Vehicles Directive hat die EU verbindliche Ziele für die Beschaffung von emissionsfreien Bussen formuliert. In unserer aktuellen Umfrage möchten wir ermitteln, wie der Mittelstand auf die alternativen Antriebstechnologien blickt. Die Umfrage richtet sich an Busunternehmen, die im ÖPNV tätig sind. Vielen Dank vorab für Ihre Teilnahme.

[Zur Umfrage](#)





"Nie hat es sich mehr gelohnt."

"40 Jahre, so lange schon ist der bdo bundesweites Sprachrohr privater kleiner und mittelständischer Busunternehmen und wichtiger verkehrs- und gewerbepolitischer Ansprechpartner nicht nur für politische Entscheider, sondern auch für uns – die Landesverbände. Schade, dass es uns nicht vergönnt ist, das Jubiläum in Zeiten der Corona-Pandemie dem Anlass gemäß und miteinander zu feiern. Eines aber ist sicher: es hat sich in den vergangenen 40 Jahren nie mehr gelohnt Mitglied dieser starken Gemeinschaft zu sein!"



Dr. Sandra Schnarrenberger ist bdo-Vizepräsidentin und Präsidentin des Landesverbands Bayerischer Omnibusunternehmen (LBO).

"Imaginäre Grenzzäune" ohne Beleg für eindämmende Wirkung.

Weitgehend einhellige Kommentare gab es in dieser Woche zu den aktuellen Entwicklungen bei Reisebeschränkungen und Beherbergungsverboten. Sie nützen nicht, schaden aber Wirtschaft und der Plausibilität der Corona-Maßnahmen. So zu lesen war das etwa im Kommentar in der Süddeutschen Zeitung mit einem Ruf gegen "imaginäre Grenzzäune".

Süddeutsche Zeitung

"Busse lösen fast alle Verkehrsprobleme".

Das ist lesens- und hörensenswert. "Busse lösen fast alle Verkehrsprobleme", titelte in dieser Woche ntv.de. Im dazugehörigen Podcast führt Christian Hochfeld von Agora Verkehrswende aus, warum das sauberste motorisierte Fortbewegungsmittel auch der Grundstein unserer urbanen Fortbewegung sein sollte.

"Carsharing, E-Scooter, Hyperloop-Tunnel: Mit diesen und anderen mehr oder weniger wilden Konzepten suchen wir nach der staufreien, grünen, sauberen und ruhigen Stadt von morgen. Dabei liegt die Lösung für unser Problem so nah, sie ist viel einfacher, älter und günstiger als gedacht: Es ist der gute alte Bus."

ntv.de

"Reisebusse könnten volle Schulbusse entlasten".

Fast überall in Deutschland bietet die Busbranche an, zusätzliche Fahrzeuge für den Schulverkehr zum Einsatz zu bringen. Eigentlich eine Win-win-Situation, wie auch bdo-Referent Kai Neumann im Gespräch mit dem mdr erklärt. Das Beispiel Sachsen zeigt aber, warum es leider trotzdem nicht immer dazu kommt.

mdr

"Reisebeschränkungen sind zur Pandemiebekämpfung überflüssig".

Kassenarztchef Andreas Gassen hat sich kritisch zu aktuellen Vorgaben im Tourismus geäußert. „Die Reisebeschränkungen sind zur Pandemiebekämpfung überflüssig und auch nicht umzusetzen“, sagte Gassen. Innerdeutsche Reisen seien lediglich eine „Pseudo-Gefahr“. Das Problem liege vielmehr bei „traditionellen Großhochzeiten, in Fleisch verarbeitenden Betrieben, durch unkontrolliertes Feiern“. Diese Dinge würden durch die Reisebeschränkungen überhaupt nicht unterbunden.

Welt

"Corona trifft deutsche Wirtschaft 2020 härter als gedacht".

"Die Deutsche Wirtschaft bricht in diesem Jahr wegen der Coronavirus-Pandemie stärker ein als noch im Frühjahr erwartet. In ihrem am Mittwoch veröffentlichten Herbstgutachten senkten die führenden Wirtschaftsforschungsinstitute ihre Prognose für das Bruttoinlandsprodukt (BIP) um mehr als einen Prozentpunkt auf minus 5,4 Prozent."

Manager Magazin

"Altmaier plant Verlängerung der Corona-Überbrückungshilfen".

Quasi passend zur Lage vieler Unternehmen drangen in dieser Woche Berichte an die Öffentlichkeit, die eine Ausweitungen der Corona-Hilfen für besonders betroffene Branchen skizzierten.

FAZ



MOBILITÄT UND WIRTSCHAFT SICHERN.

BUSUNTERNEHMEN JETZT RETTEN.



TERMINE & VERANSTALTUNGEN

BUS2BUS 2021.

14. bis 15. April 2021

Messegelände Berlin

Die offiziellen Förderer des bdo



Mercedes-Benz

MAN

KRAVAG

Partner



NEOPLAN





Wenn Sie diesen Newsletter nicht mehr erhalten möchten, können Sie weitere Zusendungen hier abbestellen.

[Über uns](#) | [Termine](#) | [Presse](#) | [Publikationen](#) | [Zahlen, Fakten, Positionen](#) | [Datenschutz](#) | [Abo kündigen](#)

[Impressum](#)

Bundesverband Deutscher Omnibusunternehmer (bdo) e.V., Reinhardtstraße 25, 10117 Berlin

Telefon: +49 30 / 240 89 - 300, E-Mail: [info\[at\]bdo.org](mailto:info[at]bdo.org)

Präsident: Karl Hülsmann, Hauptgeschäftsführerin: RA Christiane Leonard

Sitz des Vereins: Berlin, Amtsgericht Berlin-Charlottenburg, VR 22035 Nz, Steuer-Nr. 27/620/50544

www.bdo.org